

06.12.2022

# Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu dem „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)**“

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 18/1200 und 18/1500 (Ergänzung)  
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/1907

**Kapitel 07 060 Gleichstellung von Männern und Frauen**

**Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen**

**Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen**

- 2. Zuschüsse an die spezialisierten Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel; gegen Zwangsheirat und Angebote im Bereich weibliche Genitalbeschneidung**

Anhebung des Baransatzes

**HH 2023**

von 2.300.000 Euro  
um 700.000 Euro  
auf 3.000.000 Euro

**Ansatz lt. HH 2022**

2.300.000 Euro

**Begründung:**

Die Phänomenbereiche Zwangsheirat, Vielehe, Kinderehe und Genitalverstümmelung werden laut Statistik zu einem immer größeren Problem. So steigen die Fallzahlen in Deutschland aufgrund der Migration immer weiter an. Ein Aufwuchs im Haushalt ist daher notwendig, um die betroffenen Frauen wirksam zu schützen und zu unterstützen. Daneben muss auch der neue kriminologische Phänomenbereich der Femizide und Ehrenmorde berücksichtigt werden. Wie groß die Notwendigkeit einer Erhöhung in diesem Titel ist die Tatsache, dass im Haushalt 2018 lediglich 230.000 zur Verfügung standen.

Enxhi Seli-Zacharias  
Dr. Martin Vincentz  
Andreas Keith

und Fraktion